

An
Pressevertreter

Hamburg, den 17.09.2015

Besetzung der Sankt Michaelis Kirche in Hamburg „Der Michel ist besetzt! Keine Abschiebung von Roma in den Balkan!“

Über 20 Familien haben von der Ausländerbehörde einen Bescheid für ihre Abschiebung nach Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und in den Kosovo innerhalb der nächsten Woche bekommen. Als letztes Mittel, um nicht in eine Situation von Verfolgung, Diskriminierung und Elend abgeschoben zu werden, haben wir seit heute, dem 17.09.2015 um 17 Uhr die Sankt Michaelis Kirche besetzt.

Unsere Forderung ist der sofortige Abschiebestopp für die Familien in den Balkan und ein Bleiberecht. Wir werden den Michel so lange besetzen bis wir unser Ziel erreicht haben!

Die sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ sind nicht sicher für uns Roma. Es herrscht ein gefährlicher Mix aus Rassismus aus den Bevölkerungsmehrheiten und den staatlichen Institutionen. Der Zugang zu Arbeitsplätzen, Bildung und zur Gesundheitsversorgung ist weitestgehend versperrt. Es trifft also genau das zu, was im Asylverfahrensgesetz unter §3a und §3b als strukturelle Diskriminierung beschrieben ist. Zusammengenommen ist die Ausgrenzung lebensbedrohlich, vor allem für Kinder und alte Menschen. Diese bekannten Fakten ignorieren politische Verantwortliche in der Ausländerbehörde, der Hamburger Bürgerschaft und der Justiz.

Die Besetzung der Kirche sehen wir als letztes Mittel, um endlich Schutz zu finden vor der drohenden Abschiebung in den Balkan.

Der Umgang der verschiedenen staatlichen Stellen mit den Roma, die aus den Balkanländern flüchten, zeigt was deutsche Willkommenskultur tatsächlich bedeutet. So wurde am 1. September 2015 das erste Abschiebezentrum nur für Balkanflüchtlinge in Manching in Bayern eröffnet. Ein weiteres soll in Bamberg folgen. Diese sogenannten »Cluster« sind Sonderlager in Größe der Erstaufnahmeeinrichtungen, die räumlich nah zu Verwaltungsgerichten und Außenstellen des Bundesamts für Migration (BAMF) liegen. Damit soll »eine maximale Verfahrenseffizienz« bei optimalem Einsatz der begrenzten Ressourcen erreicht werden. Dort untergebracht, ist der Zugang zu asylrechtlichen Beratungsstellen und AnwältInnen unmöglich und rechtsstaatlich garantierte Rechtsmittel nicht gewährleistet.

Auch wegen der Geschichte von Verfolgung und Ermordung von Roma während des Nationalsozialismus darf Deutschland nicht so tun, als seien wir ein Problem, das es loswerden muss.

Anfang 2015 brachte der Freistaat Bayern den nächsten Gesetzentwurf auf den Weg: Montenegro, Albanien und der Kosovo sollen als sicher deklariert werden. Endgültige Entscheidungen hierzu soll es am 24. September bei einem Bund-Ländergipfel geben, Bundestag und Bundesrat sollen im Oktober abstimmen. Für die Legitimation der Gesetzesänderungen sprechen Regierungskreise von »einer großen nationalen Gemeinschaftsaktion« und spielen »schutzbedürftige Menschen« gegen »vollziehbar Ausreisepflichtige« aus. Vor allem für Roma, die in den exjugoslawischen Ländern einem Mosaik an Diskriminierungen ausgesetzt sind, hat diese Politik fatale Folgen. Es ist die Zementierung eines Klassen-Asylrechts: Unterschieden wird zwischen jenen, deren Chance, bleiben zu dürfen, hoch ist – und denen, »von denen wir wollen, dass sie unser Land wieder verlassen« (Innenminister de Mazière).

Nein zur Spaltung in »gute« und »schlechte« Flüchtlinge nach Herkunftsstaat! Unsere Fluchtgründe